

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta,
Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/29756 –**

**Für echten Klimaschutz durch technologischen Fortschritt –
CO₂-Speicherung als Voraussetzung für Klimaneutralität ermöglichen**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, Carbon Capture and Storage (CCS) unter Beibehaltung der Emissionsvermeidungsziele als festen Bestandteil der deutschen und europäischen Klimaschutzstrategie zu etablieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29756 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Leif-Erik Holm
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Leif-Erik Holm

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/29756** wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Mai 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der FDP ist der Auffassung, Klimaneutralität sei überwiegend, aber bei Weitem nicht vollständig durch die Vermeidung von Treibhausgasen (THG) erreichbar. Sowohl in der Landwirtschaft als auch in einigen industriellen Prozessen ließen sich Treibhausgase kaum bis gar nicht vermeiden. Zwar lasse sich CO₂ sowohl aus Industrieabgasen als auch aus der Umgebungsluft herausfiltern und als Rohstoff nutzen, die übrigen Emissionen müssten jedoch entweder nach ihrer Abscheidung aus Industrieabgasen in geeigneten geologischen Formationen unterirdisch gespeichert (CCS; Carbon Capture and Storage) oder durch den dauerhaften Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre ausgeglichen werden (CDR; Carbon Dioxide Removal).

Aus diesen und weiteren Erwägungen fordert die Fraktion die Bundesregierung auf:

- CCS unter Beibehaltung der Emissionsvermeidungsziele als festen Bestandteil der deutschen und europäischen Klimaschutzstrategie zu etablieren, um unvermeidbare Restemissionen in der Industrie und in der Landwirtschaft sowie aus der Wasserstoffproduktion entweder direkt abzuscheiden und zu speichern oder durch negative Emissionen auszugleichen und darüber hinaus langfristig eine netto-negative Emissionsbilanz zu erreichen;
- ein Kohlendioxidkreislaufwirtschafts- und -speicherungsgesetz (KoKSG) zu erarbeiten, um einen verlässlichen regulatorischen Rahmen für die CO₂-Nutzung (CCU; Carbon Capture and Utilization) und -Speicherung (CCS) zu schaffen und den Aufbau einer innerdeutschen und grenzüberschreitenden CO₂-Transportinfrastruktur zu ermöglichen;
- die Potentiale der CO₂-Speicherung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Offshore-Speicherung wissenschaftlich zu erkunden und so weit zu erschließen, dass eine rasche Einlagerung abgeschiedener Emissionen insbesondere dann möglich wird;
- ein Klima-Investitionsprogramm aus den Mitteln des Energie- und Klimafonds (EKF) aufzulegen,
- sich zusätzlich zum bereits beschlossenen EU-Klimaziel 2030 für ein eigenes Ziel für Negativemissionstechnologien mit CCS in Höhe von 5 Prozent einzusetzen und rechtzeitig einen anschließend steigenden Pfad anzulegen;
- sich für finanzielle Anreize für negative Emissionen durch Integration in den EU-Emissionshandel einzusetzen.
- umgehend den im Klimaschutzprogramm angekündigten Dialogprozess zu CCS in Deutschland zu starten, um Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen;
- internationale Kooperationen anzustreben, um insbesondere ökonomisch schwächere Länder dabei zu unterstützen, Potenziale für die CO₂-Speicherung geologisch zu erkunden und ggf. zu heben.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/29756 in seiner 120. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/29756 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29756 zu empfehlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Leif-Erik Holm
Berichtersteller